

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

4. Sitzung vom 26. August 2002 • von 18.00 bis 20.40 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Urs Kuhn, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
37 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 25

Gemeinderat
Walter Dubler, Gemeindeammann
Dieter Gerber, Vizeammann
Külling Harold, Gemeinderat
Meier Erwin, Gemeinderat
Meier René, Gemeinderat
Müller Christian, Gemeinderat
Piffaretti Marianne, Gemeinderätin

Weitere Anwesende
Häner Ernst, Präsident Abwasserverband
Kaufmann Gregor, Finanzverwalter
Hartmann Peter, Gemeindeschreiber

Entschuldigungen
Jauslin Matthias, FDP
Hartmann Karl, FDP
Widmer Reto, Freis Wohle

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahmen der Nachfolger von Ruedi Hässig und Adrian Hümbeli
3. Geschäft 10026 betr. Jahresbericht und Rechnung 2001 des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil
4. Bericht und Antrag 10024 betr. Bauzonenplan-Änderung Aargauerstrasse/Bahnhofweg sowie Ergänzung von § 34 bis Abs. 2 der Bauordnung
5. Geschäft 10025 betr. Finanzplan 2002 – 2006 der Einwohnergemeinde Wohlen
6. Interpellation 10001 betr. Steuerfussplanung und –entwicklung
7. Interpellation 10020 betr. Sanierung Badeanstalt Wohlen
8. Interpellation 10017 betr. Schmierereien an den Schulanlagen Halde, Junkholz und Bünzmatt sowie an weiteren gemeindeeigenen Liegenschaften
9. Motion 10015 betr. Einführung einer Dauerparkier-Gebühr
10. Motion 10027 betr. Einführung der Schulleitungen an den Wohler Schulen auf den Beginn des Schuljahres 2003/2004
11. Motion 10018 betr. Erhöhung des finanziellen Beitrages zuhanden des Vereins für Jugend und Freizeit (VJF) zur Durchführung der offenen Jugendarbeit

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren ich bedanke mich für das pünktliche Erscheinen und erkläre die 4. Sitzung der laufenden Legislaturperiode als eröffnet. Als Gäste begrüsse ich Ernst Häner, Präsident des Abwasserverbandes, und Gregor Kaufmann, Finanzverwalter. Ein herzliches Willkommen geht auch an die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne und an die Vertreterinnen und Vertreter der Aargauer Zeitung und des Wohler Anzeigers. Vielen Dank für die Berichterstattung.

Zuhanden des Protokolls stelle ich fest, dass die Sitzung entsprechend § 9 des Geschäftsreglements termingerecht und ordnungsgemäss einberufen wurde und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist, sodass der Rat rechtsgültig beschliessen kann.

Entschuldigt haben sich folgende Personen:

- Karl Hartmann
- Matthias Jauslin
- Reto Widmer

Edith Weber kommt ein wenig später.

Folgende Eingänge konnten die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung verzeichnen:

- Demission aus dem Einwohnerrat und aus dem Vorstand der regionalen Zivilschutzorganisation von Adrian Hümbeli
- Demission aus dem Einwohnerrat von Ruedi Hässig

Da die zwei zurückgetretenen Einwohnerräte an der heutigen Sitzung nicht mehr teilnehmen, werde ich bei Gelegenheit bei ihnen vorbeigehen und ihnen im Namen des ganzen Einwohnerates für ihre Arbeit danken.

- 10024 Bericht und Antrag betr. Bauzonenplanänderung
- 10025 Finanzplan 2002 – 2006
- 10026 Jahresrechnung 2001 Abwasserverband Wohlen-Villmergen-Waltenschwil
- 10027 Motion betr. Einführung der Schulleitungen an den Wohler Schulen auf den Beginn des Schuljahres 2003/2004
- 10028 Interpellation betr. Projekt und Kostenentwicklung beim Sportzentrum "Niedermatten"
- 10029 Interpellation betr. Schliessung der Poststelle Anglikon
- 10030 Bericht und Antrag „Ordentliche Einbürgerungen“
- Schreiben vom 30. August 2002 der Gemeindekanzlei betr. Nachfolge für den zurückgetretenen Adrian Hümbeli aus dem Vorstand der reg. Zivilschutzorganisation. Somit kann bereits an der nächsten Sitzung die Wahl für die Nachfolge erfolgen.

Soeben habe ich erhalten:

Interpellation von Sepp Muff betr. IBW Energie AG Wohlen

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Da die zwei Ratsmitglieder per sofort demissionierten, können wir bereits heute die neuen Kollegen, Peter Wiederkehr und Kurt Zaugg, in unseren Rat aufnehmen. Sie müssen gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrates § 2 Abs. 2 in Pflicht genommen werden. Ich bitte Sie, vor den Gemeinderatstisch zu treten. Ich lese Ihnen das Amtsgelübde vor und bitte Sie, es mit „Ich gelobe es“ zu bestätigen.

Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates meine Verantwortung gegenüber Mensch, Gemeinschaft und Umwelt wahrzunehmen, die Wohlfahrt der Gemeinde Wohlen zu fördern und den Gesetzen gemäss nach bestem Willen und Gewissen zu handeln.

Peter Wiederkehr und Kurt Zaugg, Sie sind nun als Einwohnerräte in Pflicht genommen. Bei der Ausführung Ihres verantwortungsvollen Amtes wünsche ich Ihnen viel Erfolg und Befriedigung. Ich heisse Sie im Namen aller Kolleginnen und Kollegen herzlich willkommen.

Jahresbericht und Rechnung 2001 des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil (10026)

Widmer Matthias, GPK-Sprecher: Die GPK durfte an der Sitzung vom 13. August 2002 den Präsidenten des Abwasserverbandes, Ernst Häner, begrüßen.

Gegenüber dem Vorjahr nahm die Abwassermenge um 7,5 % zu. Da die Niederschlagsmenge die Abwassermenge beeinflusst, liegt das im Durchschnitt. Die geforderten Reinigungsleistungen von durchschnittlich 85 % wurden während 11 Monaten eingehalten. Dass das nicht während 12 Monaten möglich war, ist zwar bedauerlich, kann jedoch aufgrund verschiedener Faktoren nie ganz ausgeschlossen werden.

Die Stickstoffwerte sind nach wie vor zu hoch oder an der obersten Grenze. Eine Verbesserung kann nur die Ausbautappe des Kanals, durch einen verbesserten Verdünnungsgrad, bringen.

Der Klärschlamm konnte wiederum vollumfänglich landwirtschaftlich verwertet werden. Es wird jedoch zunehmend schwieriger, Abnehmer dafür zu finden, zu umstritten sind die möglichen negativen Folgen. Der Vorstand schloss mit der Firma RENI einen Vertrag zur Verbrennung der gesamten Klärschlammmenge der ARA „im Bettler“ ab. Spätestens ab 2005 ist aufgrund der starken Belastung des Bodens ein Ausbringungsverbot vorgesehen. Der Vorstand prüfte daher verschiedene Optionen und hat sich für die Firma RENI entschieden. Dort wird der Schlamm verbrannt und was übrig bleibt mit Zement gebunden und endgelagert. Der Vertrag ist von beiden Seiten jährlich kündbar. Die Schlamm Entsorgungskosten werden sich daher ab 2003 verdreifachen.

Der Vertrag mit der Gemeinde Sarmenstorf, welche sich ab dem nächsten Jahr der ARA „im Bettler“ anschließen, ist unterzeichnet. Sie entrichten einen einmaligen Einkaufsbetrag. Der Anschluss erfolgt mit der Inbetriebnahme der neuen Biologie. Die Leitungen sind zwar bereits angehängt, momentan wird jedoch nur gereinigtes Wasser zugeleitet.

Auffallend ist der markante Anstieg des Stromverbrauches der Anlage. Gründe dafür liegen bei der automatischen Sauerstoffmessung in der Biologie. Aufgrund eines Defektes mussten während längerer Zeit die Kompressoren manuell angesteuert werden, was zu einem erhöhten Stromverbrauch führte.

Die Tierkadaverstelle funktionierte bis auf wenige Zwischenfälle problemlos.

Im Zusammenhang mit der Ausbautappe gab es Einsprachen des Natur- und Vogelschutzes. Nach anfänglicher Zurückhaltung zeigte man sich jedoch kooperativ und arbeitete ein Konzept zur Bepflanzung aus.

Die GPK nahm den Bericht zur Kenntnis und dankt dem Vorstandsvorstand und der Betriebsleitung für die ausgezeichnete Arbeit. Wir wünschen weiterhin gutes Gelingen in der Vollendung des Ausbaus.

Dörig Werner, FDP: Die FDP dankt dem Präsidenten des Abwasserverbandes sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die geleistete Arbeit.

Fricker Matthias, JCVP: Auch unsere Fraktion diskutierte den Jahresbericht. Wir sind froh, dass die Sanierungsarbeiten gut voran kommen und danken an dieser Stelle dem Personal der ARA sowie dem Vorstand.

Detailberatung

Seite	Bemerkung
2	<u>Muff Sepp, SP:</u> Da der Klärschlamm nicht mehr auf die Felder ausgeführt werden kann, werden wir Probleme mit den Finanzen bekommen. Wurde nach anderen Lösungen gesucht? Die Kosten, die hier entstehen, führen ins Unermessliche. Es sollte doch in der heutigen Zeit Möglichkeiten geben, zum Beispiel Schwermetall aus dem Klärschlamm zu filtern. Wurden bereits Abklärungen getroffen? <u>Häner Ernst, Präsident des Abwasserverbandes:</u> Ich habe schon vor 1 Jahr auf diese Problematik aufmerksam gemacht. Das Problem ist nicht das Schwermetall, sondern unter anderem die Angst vor BSE, welches im Schlamm enthalten sein könnte. Da in unserer Gemeinde ein Schlachthof ansässig ist, wurden wir vom Kanton aufgefordert, nach Lösungen zu suchen. Wir haben die Lösung gefunden. Ein anderes Problem ist der Wassergehalt (ca. 70%) in unserem Klärschlamm. Durch den Transport des Klärschlammes in die RENI-Anlage, entstehen grosse Kosten. Wir prüfen jedoch einen weiteren Schritt, bei dem wir den Klärschlamm bereits in unserer Anlage trocknen können. Damit könnten hohe Transportkosten gespart werden. <u>Muff Sepp, SP:</u> Ich kann mit dieser Antwort leben, habe jedoch kein Verständnis, dass das Problem auf diese Art gelöst wird. Aber wie wir gehört haben, ist etwas am Tun.
4	<u>Muff Sepp, SP:</u> Auf Seite 4 sind die „Werte der letzten zwei Jahren“ aufgeführt. Welches sind die Gründe für die hohen Nitrat-Werte? Auf Seite 6 ist ersichtlich, dass es an einem Tag Probleme mit den Phosphor- und Nitrit-Werten gab. Weiss man, wie es zu dieser Überschreitung kommen konnte? <u>Häner Ernst, Präsident des Abwasserverbandes:</u> Leider müssen wir noch immer ausweisen, dass wir die Stickstoffwerte nicht im Griff haben. Aber genau dafür werden die Millionen in eine neue Biologie investiert. Wir hoffen, dass die Werte danach unter den Richtwerten liegen. Der Grund für die hohen Werte liegt auch bei den Haushaltungen, welche diese Schadstoffe mittels Haushaltschemikalien in die Anlage leiten. Die Werte auf Seite 4 wurden bei uns in der Anlage gemessen, diejenigen auf Seite 4 in der Bünz.
19	<u>Meier Maja, Freis Wohle:</u> Total Entgelte: Mir ist der Betrag von Fr. 591'000.-- aufgefallen. Hat man diese Kosten erwartet und werden die im nächsten Voranschlag auch wieder auftauchen? <u>Häner Ernst, Präsident des Abwasserverbandes:</u> Die Erhöhung der Betriebskosten ist auf die Schlammmentsorgung zurückzuführen.

Muff Sepp, SP: Ich danke dem Personal für die gute Arbeit und Ernst Häner für die Beantwortung meiner Fragen.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Ich stelle zu Händen des Protokolls fest, dass der Einwohner-
rat vom Bericht und Rechnung 2001 des Abwasserverbandes Kenntnis genommen hat. Vielen
Dank im Namen des Einwohnerrates an den Vorstand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der ARA.

35

0.011.1

Einwohnerrat; Berichte und Anträge

Bauzonenplan-Änderung Aargauerstrasse / Bahnhofweg sowie Ergänzung von § 34 bis Abs. 2 der Bauordnung (10024)

Arsène Perroud ist gemäss § 6 des Geschäftsreglements im Ausstand.

Gfeller Koni, GPK-Sprecher: Mit Schreiben vom 4. April 2002 stellten die beiden Firmen RIV Röch-
ling Industrie Verwaltung GmbH, D-Mannheim, und Camille Bauer AG, Wohlen, das Gesuch um
Umzonung ihres Gewerbelandes in eine Wohn- und Gewerbezone WG 3. Es geht um einen
darum, die Zonenzuordnung ihrer Gewerbeliegenschaften aufgrund der veränderten Rahmen-
bedingungen zu überdenken. Andererseits geht es ebenfalls darum, die Möglichkeit einer
Mischnutzung Gewerbe/Wohnen zu haben.

Im Bauzonenplan, der vom Einwohnerrat 1978 und vom Grossen Rat am 18. Dezember 1979 ge-
nehmigt wurde, wurden die betroffenen Gebäude in die Gewerbezone eingeteilt.

Wirtschaftliche Veränderungen bewirken, dass bestehende Wohn- und Gewerbezone unge-
wollt eine andere Nutzung oder eine andere Bedeutung bekommen, da sich die Ausdehnung
unserer Gemeinde nicht genau nach den Vorstellungen entwickelt, wie sie damals angenom-
men wurden.

Das Gewerbeland liegt sehr nah am Wohnzentrum und ist dem öffentlichen Verkehr sehr gut
angegliedert. Daher ist das Umzonungsbegehren aus heutiger Sicht nur zu unterstützen. Zudem
werden 10 bestehende Einfamilienhäuser, welche in der Gewerbezone stehen, der richtigen Zo-
ne zugeordnet. Damit eine geordnete Überbauung erfolgen kann und nicht einfach ein Wild-
wuchs stattfindet, hat man gleichzeitig die Wohn- und Gewerbezone gestaltungsplanlich gere-
gelt. Das heisst, der Gestaltungsplan gibt Auskunft über Aussenmass, Erschliessung und Kubatu-
ren des ganzen Gebietes. Ebenfalls war der GPK ein grosses Anliegen, dass das ehemalige Ver-
waltungsgebäude der Georges Meyer AG erhalten bleibt. Der Gemeinderat hat uns versichert,
dass dies stattfinden wird und dass der gesamte Komplex inkl. Umschwung dem kantonalen
Denkmalschutz unterstellt wird. Das Verfahren ist bereits im Gange.

Im Bericht vom 10. September 2001 stimmte die Abteilung Raumplanung der Bauzonenplanän-
derung Aargauerstrasse/Bahnhofweg sowie Ergänzungen der Bauordnung zu. Die GPK befür-
wortet die Umzonung im Zusammenhang mit der Ergänzung.

Die GPK stimmt dem Bericht und Antrag 10024 einstimmig zu.

Meier René, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat keine zusätzlichen Ausführungen anzubringen. Vielen Dank an Herrn Gfeller für die detaillierte Vorstellung des Bericht und Antrages.

Fischer Fredy, SVP: Unsere Fraktion ist einstimmig für diese Umzonung. Wir möchten jedoch zu Händen des Protokolls festhalten, dass ein attraktives, ökologisches Wohnen direkt an dieser Süd-Bahnlinie kaum erreicht werden kann. Die Planer, welche sich dieser Aufgabe stellen müssen, werden keine leichte Aufgabe haben. Erfreulich ist jedoch, dass das wunderschöne Verwaltungsgebäude der ehemaligen Georges Meyer AG für die Gemeinde erhalten bleibt.

Huwiler Paul, CVP-CSP: Wir haben dieses Geschäft ebenfalls beraten und sind einstimmig für die Umzonung.

Dörig Werner, FDP: Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Änderung des Bauzonenplans mit der Ergänzung der Bauordnung erscheint uns vernünftig und wir stimmen ihr zu. Ich möchte jedoch der Form halber darauf hin weisen, dass beim Bauzonenplan „Wohnen im Park“ ein Teil der Migros fehlt. Und wir möchten auch darauf hinweisen, dass die im § 34 Abs. 2 vorgesehenen Ergänzungen juristische Angriffsfläche beinhaltet, da der gesamte Bauzonenplan schwarz umrandet ist.

Muff Sepp, SP: Auch unsere Fraktion hat diesen Bericht diskutiert und erachtet das Vorhaben als vernünftig. Auf dem Plan auf der unteren linken Seite ist ein relativ grosser Teil Gewerbezone. Ich nehme an, dass nur das Weisse, welches auf der rechten Seite umrandet ist, geändert wird. Ist das richtig?

Meier René, Gemeinderat: Beim Darstellen des Planes hat man alle anderen Zonen weggelassen. Auch die violette Zone ist nicht mehr vorhanden und es ist klar, dass diese Zone nicht ausgezont wird.

Ehrlich gesagt habe ich nicht ganz verstanden, was Werner Dörig mit seinen Worten meinte. Alles was schwarz umrandet ist, wird umgezont und nichts Anderes!

Dörig Werner, FDP: Die Formulierung ist nicht definierbar. Schlussendlich ist der ganze Bauzonenplan schwarz umrandet.

Meier René, Gemeinderat: Ich nehme an, das ist ironisch gemeint.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Es sind zur Zeit 37 Einwohnerräte anwesend. Folglich liegen das absolute Mehr bei 19 und die 2/3 Mehrheit bei 25 Stimmen.

Abstimmung

Der gemeinderätliche Bericht und Antrag

Bauzonenplan-Änderung Aargauerstrasse / Bahnhofweg sowie Ergänzung von § 34 bis Abs. 2 der Bauordnung (10024)

wird einstimmig angenommen.

36

0.011.1

Einwohnerrat; Berichte und Anträge

Finanzplan 2002 – 2006 der Einwohnergemeinde (10025)

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Finanzplan ist kein mehrjähriges verbindliches Budget. Die wirksamen Entscheide fallen mit den Beschlüssen zu konkreten Kreditvorlagen. Dort wird festgelegt, wohin sich die Gemeinde finanzpolitisch bewegt.

Grundlagen

Der vorliegende Finanzplan basiert auf dem Voranschlag 2002 und auf der Rechnung 2001 mit einer verzinlichen Nettoschuld von 11,1 Mio. Franken.

Allgemeine Wirtschaftslage

Bezüglich der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage wird von den gleichen Überlegungen ausgegangen wie im Voranschlag 2002.

Die jüngsten Prognosen zeigen, dass sich die Wirtschaft im laufenden Jahr nicht so entwickelt wie erwartet. Nichtsdestotrotz können die Steuereinnahmen aufgrund des aktuellen Veranlagungsstandes im Finanzplan erhöht werden. Aus unserer Sicht ebenfalls zu vermerken sind die relativ günstigen Preise auf dem Baumarkt sowie die tiefen Zinsen, welche mit Blick auf die Investitionen wichtig sind.

Auswirkungen kantonaler Politik

Wichtige Punkte:

- Die Auswirkungen des seit dem 1. Januar 2001 in Kraft getretenen neuen Steuergesetzes sind noch nicht klar absehbar.
- Das 2. Paket der Aufgabenteilung Kanton - Gemeinden mit 10 Reformvorschlägen wurde in die Vernehmlassung geschickt. Darin enthalten ist unter anderem die Sozialhilfe, welche in zwei Etappen an die Gemeinden übergeht. Insgesamt ist auch das 2. Paket annähernd kostenneutral. Die finanziellen Auswirkungen auf die einzelne Gemeinde sind jedoch noch nicht abschätzbar. Das 1. Paket kommt im September 2002 zur Abstimmung.
- Die Gemeinde wird für zusätzliche Beiträge an das Kreisspital Muri belastet. Das dringliche Bundesgesetz ist rückwirkend auf den 1. Januar 2002 in Kraft treten. Das Gesetz sieht vor, dass die öffentliche Hand künftig ebenfalls Beiträge an die Halbprivat- und Privatpatienten zu leisten hat.
- Der Grosse Rat hat den Gesamtbericht Führung Schule vor Ort im Februar 2002 verabschiedet. Schulleitungen sollen eingeführt werden. Die bisherigen Leistungen der Gemeinden in

Höhe von Fr. 1,5 Mio. sollen in den nächsten Jahren um mehr als das Zehnfache, maximal auf Fr. 23,7 Mio. erhöht werden. Die ganze Übung kostet den Kanton keinen zusätzlichen Franken, die Gemeinden jedoch zusätzliche Fr. 22 Mio. Franken. Der Vorstand der Gemeindeamänner-Vereinigung des Kantons Aargau hat sich gegen diese Kostenaufteilung im Grossen Rat leider erfolglos gewehrt. Die Auswirkungen dieses Entscheides für unsere Gemeinde sind gross. Sie werden es sehen, wenn Sie den Bericht und Antrag betreffend Einführung einer Schulleitung erhalten.

Ebenfalls zu Besorgnis Anlass gibt die Finanzpolitik des Bundes, welche die Kantone immer mehr belastet. Die kantonalen Finanzdirektoren haben in der letzten Woche Alarm geschlagen und vor untragbaren Mehrbelastungen gewarnt. Insbesondere beklagt wurden die Kosten im Gesundheitswesen, welche letztlich auch auf die Gemeinden weitergegeben werden. Einer solchen Entwicklung gilt es entgegenzutreten.

Steuerfuss

Eine Übersicht über die Gliederung der Aargauer Gemeindesteuerfüsse (Basis 2002) zeigt, dass Wohlen bei den 50 Gemeinden (von 231) ist, welche einen Steuerfuss von 105 % und tiefer haben. Wohlen ist bei den vordersten 22 %.

Im Finanzplan wird mit dem zur Zeit gültigen Steuerfuss von 105 % gerechnet. Dieser liegt um 5 % unter dem Kantonsmittel 2001 von 110 %. Ein weiterer Vergleich mit anderen Gemeinden zeigt auf, dass die relative Steuerkraft sich zwar verbessert hat aber noch immer gering ist.

Finanzielle Ausgangslage

Bei der Beurteilung der finanziellen Lage verweise ich auf Seite 3, welche sehr wichtig ist.

Wesentliche Veränderungen gegenüber dem letzten Finanzplan

Seit der letzte Finanzplan erstellt wurde, sind wichtige Volksentscheide gefallen, welche den Finanzhaushalt nachhaltig beeinflussen. Das gesamte Investitionsvolumen für die Jahre 2002 - 2006 beträgt brutto Fr. 73,8 Mio. Unter Abzug des Aktienkapitals und des Darlehens an die IB Wohlen AG von Fr. 20 Mio., der Subventionen und der als Spezialfinanzierung ausgewiesenen Sanierung/Erweiterung des bbz freiamt betragen die Nettoinvestitionen Fr. 28,6 Mio. Gegenüber dem letzten Finanzplan sind folgende markante Änderungen hervorzuheben:

- *Schulen*
Das Wohler Volk beschloss Fr. 15,2 Mio. für den Bau des Schulhauses Bünzmatt III mit Turnhalle. Mit rund Fr. 10,8 Mio. muss für die Sanierung/Erweiterung des bbz freiamt gerechnet werden.
- *Sport*
Ebenfalls vom Volk genehmigt wurde ein Kredit von Fr. 17,7 Mio für den Bau des Sportzentrums Niedermatten.
- *Schwimmbad-Sanierung*
Für eine Gesamtsanierung in Etappen wurde ein von Fr. 4,8 Mio. auf Fr. 3,9 Mio. reduzierter Betrag eingesetzt.
- *Alters- und Pflegeheim Bifang*
Nachdem eine sanfte Renovation des Alters- und Pflegeheims Bifang geplant ist, konnte der Gemeindebeitrag von Fr. 5,0 Mio. auf Fr. 3,0 Mio. reduziert werden.
- *Niederschlagen* wird sich beim Nettoaufwand die geplante Einführung einer Schulleitung.

Bezüglich den weiteren Details verweise ich auf die Seiten 4 und 5.

Schlussfolgerung

Der Gemeinderat will alles daran setzen, damit der Steuerfuss von 105 % belassen werden kann. Dies ist aufgrund der anstehenden Investitionen eine ambitionöse Zielsetzung. Die Auswirkungen des neuen Steuergesetzes sind nach wie vor schwer abschätzbar.

Wie bereits anlässlich der Behandlung des letzten Finanzplanes im Einwohnerrat mitgeteilt, ist es nötig, dass die Abfallbewirtschaftung, die Abwasserbeseitigung aber auch das vom Einwohnerrat im Oktober 1995 erlassene Gebührenreglement der Gemeinde überprüft werden. Die entsprechenden Abklärungen sind im Gang.

Verschuldungsmässig ist die Ausgangslage der Einwohnergemeinde mit verzinslichen Nettoschulden von Fr. 11,1 Mio. per Ende 2001 sehr gut. Andererseits steht die Gemeinde vor einem Investitionsschub bei einer bescheidenen Ertragslage. Mit deutlichen Abstimmungsergebnissen sind die Stimmberechtigten und der Einwohnerrat den Anträgen des Gemeinderates gefolgt und haben klar ja gesagt zur Erweiterung der Schulanlage Bünz matt und dem Bau des Sportzentrums Niedermatten. Eine deutliche Mehrheit will, dass sich Wohlen weiter vorwärts bewegt und damit die Wohn- und Lebensqualität gesteigert wird.

Fischer Arthur, Präsident Finanzkommission: In Ergänzung zu den Ausführungen meines Vordröners, Gemeindeammann Walter Dubler, gebe ich Ihnen die Stellungnahme der Finanzkommission bekannt:

Der Finanzplan:

- sagt aus, was wir wann und für was ausgeben wollen.
- gibt Auskunft über die mittelfristige Entwicklung des Finanzhaushaltes.

Veränderungen können rechtzeitig korrigiert oder angepasst werden.

Das vorliegende Dokument

- ist klar, einfach und übersichtlich aufgebaut.
- beinhaltet gute Erläuterungen.

Die Aussagen können gut nachvollzogen werden.

Die Angaben im Finanzplan basieren auf der Rechnung 2001 und dem Voranschlag 2002. Mit einer zusätzlichen Spalte, beinhaltend die Zahlen der Rechnung 2001, wäre es wesentlich einfacher, Vergleiche mit dem Voranschlag 2002 anzustellen. In der jetzigen Form muss man dazu jeweils die Rechnung 2001 zu Hand nehmen. Wir haben diesen Wunsch bereits im vergangenen Jahr angemeldet. Wie Sie sehen ohne Erfolg.

Allgemeine Beurteilung

Die in den nächsten Jahren vorgesehenen Investitionen sind im Finanzplan enthalten und prägen die finanzielle Entwicklung der Gemeinde Wohlen. Gegenüber dem letzten Finanzplan haben gewichtige Projekte wie Bünz matt III und Sportzentrum die politische Hürde genommen. Die dadurch entstehenden finanziellen Folgen waren dem Einwohnerrat und den Stimmbürgern bekannt. Sie widerspiegeln sich jetzt im aktualisierten Finanzplan. Weitere Investitionen sind in Planung (Schwimmbad, Sanierung und Erweiterung des bbz, Kostenbeteiligungen bei Alterseinrichtungen, usw.). Einerseits handelt es sich dabei um klassische Aufgaben einer Gemeinde, andererseits um Aufgaben, welche zur gewünschten Attraktivitätssteigerung beitragen.

Vergleich mit der Rechnung 2001

Im Vergleich mit der Rechnung 2001 geht der Finanzplan von sehr vorsichtigen Annahmen aus. Dies zeigt der folgende Vergleich zwischen der Rechnung 2001 und den Annahmen im Finanzplan für das Jahr 2002:

Steuerertrag	minus Fr. 2.3 Mio.
Selbstfinanzierung (Cash Flow)	minus Fr. 2.5 Mio.

Entwicklung der Schulden

Der Finanzplan sieht vor, dass die Verschuldung im Zeitraum 2002 bis 2006 um Fr. 22 Mio. zunimmt. Bei dieser Summe ist der Erlös aus der Privatisierung der Industriellen Betrieben bereits abgezogen. Ohne die Privatisierung würde die Verschuldung um Fr. 42 Mio. zunehmen.

Am Ende der Planperiode rechnet der Finanzplan mit einer Nettoschuld von Fr. 1'200.-- pro Einwohner. Die Verschuldung ist damit immer noch moderat und liegt unter dem aktuellen Durchschnittswert der aargauischen Gemeinden von Fr. 1'416.-- (31.12.00).

Entwicklung der Ertragslage

Der Finanzplan zeigt auf, dass die Ertragslage der Gemeinde in den nächsten Jahren angespannt sein wird. Die Belastbarkeitsquote beträgt im Durchschnitt lediglich 8 % des Steuerertrages und liegt deutlich unter dem Richtwert für aargauische Gemeinden von 25 %.

Ab dem Jahr 2004 rechnet der Finanzplan zudem mit Aufwandüberschüssen. Das heisst, das Eigenkapital von Fr. 9.6 Mio. (Ende 2001) reduziert sich sukzessive auf rund Fr. 6.2 Mio. per Ende 2006. Ohne auf das nächste Traktandum vorgreifen zu wollen, möchte ich festhalten, dass, sofern der Finanzplan eingehalten werden kann, also keine wesentlichen Veränderungen im Budget erfolgen, keine Steuererhöhung gerechtfertigt ist.

Fragen an die Verwaltung

Die Finanzkommission hat wiederum einige Fragen an die Verwaltung gerichtet und dazu Antworten erhalten. Im Folgenden gehe ich kurz auf die Wichtigsten ein:

Wie ist der heutige Stand betreffend Schiessanlage Lenzburg?

Antwort:

Wie wir gelesen haben, ist man bestrebt, eine für alle Beteiligten befriedigende Lösung zu suchen. Bleibt zu hoffen, dass der Gemeinde der Einkauf in eine Schiessanlage, auf der niemand schiessen will, erspart bleibt. Es geht dabei immerhin um eine Summe von gut Fr. 400'000.--.

*Paul Walser Areal → wie wird das Land nach dem Bau der Niedermatten genutzt?
Sind die Kosten für den Abbau des alten Areals budgetiert?*

Antwort:

Das Land liegt hauptsächlich in der Gewerbezone, ein kleiner Teil in der WG2. Nach der Fertigstellung des Sportzentrums Niedermatten soll das Paul Walser-Areal verkauft werden.

Nachdem die Baubewilligung für das Sportzentrum vorliegt, sollte nun der Gemeinderat die Verkaufsbemühungen einleiten. Jetzt müssen wir noch nicht unter Zeitdruck handeln. Wer weiss, vielleicht erhalten wir mehrere Angebote, welche ohne Zeitdruck geprüft werden können. Ein einfaches Marketinggesetz besagt: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis.

Schlussbemerkungen

Wie uns die eingangs erwähnten Zahlen zeigen, ist die Lage ernst aber nicht als dramatisch zu bewerten. Grössere, unvorhergesehene Ereignisse dürfen aber nicht eintreten. Ebenso sind in der Planperiode unter den erwähnten Bedingungen keine Steuersenkungen möglich.

Aufgrund der vorsichtigen Annahmen besteht eine relativ grosse Wahrscheinlichkeit, dass die Rechnungsergebnisse auch in den kommenden Jahren besser als prognostiziert ausfallen werden.

Die Belastbarkeitsquote und die Selbstfinanzierung werden aber trotzdem auf einem tiefen Niveau verharren, so dass der finanzielle Spielraum der Gemeinde Wohlen sehr bescheiden sein wird.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Lanz Christian, FDP: Vielen Dank dem Gemeinderat für die prompte Erstellung dieses Dokumentes. Es zeigt auf, wohin der Gemeinderat finanzpolitisch möchte. Es zeigt jedoch auch Mängel oder Fragen auf. So zum Beispiel Seite 18, eine Kernaussage: „*Nach Umsetzung des Investitionsprogrammes muss dem Schuldenabbau oberste Priorität zugeordnet werden.*“ Interessant, dass diese Aussage im Finanzplan des letzten sowie des vorletzten Jahres ebenfalls aufgeführt wurde. Trotzdem ist für das Jahr 2006 eine weitere Schuldenzunahme ersichtlich.

Wann ist das Investitionsprogramm abgeschlossen oder kann es überhaupt jemals abgeschlossen werden? Warum sind beim Herzog- sowie beim Schellhaus keine Zahlen eingesetzt? Ziehen diese Projekte keine Investitionen mit sich? Die Kosten für Wirtschaftsförderung und Einführung von WOV fehlen. Die Sanierung der Aussenhülle des Junkholzschulhauses ist laut Finanzplan nach der Sanierung der Heizung vorgesehen. Ist das nicht die falsche Reihenfolge? Abschliessend stelle ich fest, dass die geplanten und nicht geplanten Ausgaben die Einnahmen deutlich überschreiten. Soll die Masse der Investitionen und Ausgaben, die in diesem Finanzplan enthalten ist, reduziert werden, so ist eine Korrektur auf der Einnahmeseite dringend notwendig, sprich Wirtschaftsförderung und Marketing.

Die Fraktion FDP kann mit diesem Finanzplan leben und wir zählen weiterhin auf ein haushälterisches Umgehen mit den Finanzen, was der Gemeinderat bis jetzt gezeigt hat.

Fankhauser Robert, CVP-CSP: Wie aus dem Finanzplan ersichtlich ist, wird die Verschuldung bis ins Jahr 2006 um rund Fr. 22 Mio. zunehmen. In diesem Betrag ist der Erlös aus der Privatisierung der Industriellen Betriebe von rund Fr. 20 Mio. bereits enthalten. Ohne diesen Betrag wären die erwähnten Investitionen nicht möglich und es würde unweigerlich zu einer Steuererhöhung führen. Wie auch aus dem Finanzplan ersichtlich ist, werden wir ab 2004 mit Aufwandüberschüssen rechnen müssen.

CVP und Junge CVP nehmen den Finanzplan 2002-2006 zur Kenntnis. Um den Steuerfuss von 105 % beibehalten zu können, wird der Gemeinderat aufs Äusserste gefordert sein. Das bedingt, dass die geplanten Investitionen genaustens geprüft werden müssen, bzw. dass für die laufenden Investitionen ein Kosten-Controlling durchzuführen ist. Wir hoffen, dass die im Finanzplan vorgesehene Zuwachsrate der ordentlichen Steuern zutreffen. Besonders erfreulich ist für uns, dass die geplanten aber auch die bereits laufenden Investitionen die erhoffte Attraktivitätssteigerung bewirken und potentielle Steuerzahler und Firmen in Wohlen ansässig werden.

Fischer Fredy, SVP: Unsere Fraktion nimmt den Finanzplan zur Kenntnis und hat eine Frage an den Gemeinderat. Werden weitere, sauber ausgeführte Führungsmittel ausgearbeitet? Wir denken vor allem an das schon seit längerem diskutierte Legislaturprogramm.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Vielen Dank dem Präsidenten der Finanzkommission für die gute Aufnahme des Berichtes. Die Darstellung des Finanzplanes ist anwenderfreundlich, einfach, überschaubar und er erfüllt vor allem seinen Zweck. Wir möchten ihn auch weiterhin so gestalten, denn die wesentlichen Zahlen sind enthalten.

Wenn man die Steuererträge dieses Jahres mit den letztjährigen vergleicht, sind die in diesem höher. Sie sind auch höher als im Voranschlag 02.

Für den Einwohnerrat sowie das Volk sind die Niedermatten und das Bünzmatt III beschlossene Sache. Es steckt jedoch sehr viel Arbeit dahinter. Der Paul-Walser Platz kann erst frei gegeben werden, wenn die Niedermatten fertig erstellt ist. Es sind zwar bereits Anfragen eingegangen, trotzdem darf nichts übereilt werden. Über den Platz kann erst frei verfügt werden, wenn der Realersatz steht.

Ich möchte nicht das Budget behandeln, Sie werden jedoch sehen, dass wir gekämpft haben. Der Nettoaufwand liegt nicht auf der gewünschten Höhe. Wenn wir das Budget im Oktober besprechen, werden Sie sehen, dass es sehr viele Knöpfe hat. Falls es eintrifft, dass der Rechnungsabschluss auch künftig besser ist als das Budget, ist es umso besser.

Robert Fankhauser sagte aus, dass ohne die IBW diese Investitionen nicht möglich gewesen wären. Der Gemeinderat wird gefordert, das spüren wir. Es muss genaustens geprüft werden, was gemacht wird.

Christian Lanz sprach gewisse Mängel an. Es stimmt, dass der Satz auf Seite 18 schon in den letzten beiden Finanzplänen aufgeführt wurde. Er ist jedoch immer noch zutreffend. Nur etwas hat sich im Vergleich zu den letzten beiden Finanzplänen verändert. Die grossen Investitionen, Niedermatten und Bünzmatt III, sind nicht mehr Träumereien, sondern Fakten, welche umgesetzt werden müssen. Daher ist es tatsächlich so, dass wir vor einem Investitionsschub stehen, der bearbeitet werden muss seitens der Bauverwaltung, Planer, usw. Wir können in dieser Amtsperiode nicht mehr Vorlagen in der Grössenordnung des letzten Jahres vor den Einwohnerrat bringen.

Wann ist es abgeschlossen? Erwin Meier hat es sehr treffend gesagt: *„Das Programm ist abgeschlossen, wenn die Welt unter geht.“* Es gibt für eine Dorf-Gemeinschaft immer etwas zu tun. Wohlen bewegt sich weiter. Im Votum der FDP sind auch einige Widersprüche enthalten. Es wurde gesagt, wir sollten „haushälterisch“ sein. Im Gegenzug wird dann gefragt, warum WOV nicht im Finanzplan enthalten sei. Wir haben Abklärungen getätigt, welche für eine Vorlage jedoch nicht genügen. Falls WOV eingeführt würde, hätten wir zwei Probleme. Erstens hätte der Einwohnerrat weniger zu sagen, zweitens müssten mehr Personen eingestellt werden, was Mehrkosten zur Folge hätte.

Fredy Fischer sprach die Legislaturplanung an. Auch darüber haben wir diskutiert. Ich bin jedoch der Ansicht, dass die wesentlichen Elemente im Finanzplan enthalten sind. Es ist natürlich auch eine Frage des Aufwandes und der Kosten. Vor Jahren wurde für Wohlen ein Leitbild gemacht, welches jedoch im Nachhinein verspottet wurde.

Die Gestaltung des Finanzplanes findet in einer guten Zusammenarbeit zwischen Einwohnerrat/Gemeinderat statt. Ideen werden immer aufgenommen. Wenn alles umgesetzt wird, was im Finanzplan enthalten ist, muss grosse Arbeit geleistet werden.

Fischer Arthur, CVP-CSP: Als eifriger Besucher der Fussballspiele des FC Wohlen weiss ich natürlich auch, dass das Paul-Walser-Areal erst frei gegeben werden kann, wenn das Sportzentrum Niedermatten fertig gestellt ist. Der Bau des Sportzentrums Niedermatten sollte 2004 abgeschlossen sein, also können die Fühler doch schon einmal ausgestreckt werden. Die Finanz-

kommission ist der Meinung, dass nicht bis zur Einweihung des Sportplatzes zugewartet werden soll.

Von Christian Lanz wurden die beiden Häuser an der Bremgarterstrasse angesprochen. Im Bericht und Antrag 10012 betr. Gemeindeeigene Liegenschaften wurde ganz genau beschrieben, dass ein Abbruch geplant ist, sofern keine Nutzung bekannt wird. An der Jugendsession wurde gesagt, dass dieses Haus längerfristig für den Jugendtreff nicht geeignet ist.

Meier René, Gemeinderat: Ich möchte nur noch eine kurze Ergänzung zum Areal Paul-Walser machen. Ich bitte auch den Präsidenten der Finanzkommission davon Kenntnis zu nehmen, dass dieses Land nur einmal verkauft werden kann. Es muss zu diesem Zeitpunkt verkauft werden, wenn die Marktlage dazu einlädt. Wenn die Finanzkommission der Ansicht ist, dass der Gemeinderat innert einem Jahr mehrere Interessenten herbeizaubern kann, liegt sie völlig falsch. Dieses Land ist ein Gut, mit welchem sehr behutsam umgegangen werden muss. Es ist ein Gut, welches wirtschaftliche Entwicklungen für Wohlen zulassen. Es ist der falsche Zeitpunkt, um Druck auf den Gemeinderat auszuüben.

Detailberatung

Seite	Objekt	Bemerkung
9	Skatinganlage	<u>Zulauf Ruedi, Eusi Lüüt & Grüne:</u> Wie ist der Stand betreffend Skatinganlage? <u>Meier René, Gemeinderat:</u> Wir haben bereits mit der Jugendkommission über einen möglichen Standort diskutiert. Die Jugendkommission möchte jedoch noch abwarten und prüfen, ob dieser Standort wirklich ihren Bedürfnissen entspricht. Es wurde ein Ausschuss gebildet, welcher die Bedürfnisse abklärt. Wir erwarten in den nächsten 2 Monaten davon einen Bericht, danach wird auch der vorgeschlagene Standort nochmals hinterfragt.
9	Berufsschulhaus	<u>Keusch Marianne, Eusi Lüüt & Grüne:</u> Wir waren erstaunt, dass anscheinend bereits ein ausgearbeitetes Sanierungsprojekt für das bbz freiamt besteht, obwohl wir doch gehört haben, dass die Zukunft nicht auf sicheren Füßen steht. Was bedeutet die Spezialfinanzierung 1290? Ist das evtl. eine Selbstfinanzierung, da derselbe Betrag wieder abgezogen wurde? Ist die Option zur Schliessung des Lehrschwimmbeckens auch vorhanden? <u>Piffaretti Marianne, Gemeinderätin:</u> Das bbz freiamt ist für die nächsten 15 Jahre durch stabilo gesichert. Nicht in der Grösse wie es sich Wohlen und die gesamte Region vorstellen. Es geht aber auch um eine Sanierung. Da liegt ein Gesuch in Aarau vor. Damit wir dem ganzen Nachdruck verleihen können, war sicher auch ein Grund für diese Ver-

		anstellung. Die Sanierung ist dringend nötig. Seit fast 15 Jahren wurde nichts mehr gemacht. Heute wird verlangt, dass mit einer Top-Infrastruktur unterrichtet werden kann. Wir erhalten Wohnortsbeiträge von allen Gemeinden. Das ist der Betrag unter 218/Spezialfinanzierung.
	Lehrschwimmbecken	<u>Meier Erwin, Gemeinderat</u>: Das Lehrschwimmbecken ersetzt uns eine ganze Turnhalle und wird rege benutzt. Der Bedarf ist sogar noch grösser. Es zeigt sich aber auch, dass das Becken unterhalten werden muss. Das Bedürfnis, in Wohlen ein Lehrschwimmbecken zu haben ist sehr gross und eine Schliessung steht nicht zur Diskussion.
10	Verkehrsarme Bahnhofsstrasse	<u>Furter Fabian, SP</u>: Stützt sich der Betrag von Fr. 50'000.-- vom nächsten und übernächsten Jahr für das Projekt „Verkehrsarme Bahnhofstrasse“ auf die Seite 51 des Verkehrsrichtplanes? Wieso ist im Finanzplan für die Realisierung dieses Projektes bis ins Jahr 2007 nichts aufgeführt? Meiner Meinung nach macht es keinen Sinn, ein teures Papier zu erstellen und das Projekt dann über mehrere Jahre still stehen zu lassen. An dieser Stelle möchte ich die Verwaltung darauf hinweisen, dass der Verkehrsrichtplan allen Einwohnerräten zugestellt werden sollte. <u>Meier René, Gemeinderat</u>: Die Seite 51 des Verkehrsrichtplanes ist uns bekannt und der Betrag bezieht sich tatsächlich auf die Projektierung „Verkehrsarme Bahnhofstrasse“. Wir möchten zuerst in Ruhe abklären, ob dieses Projekt überhaupt realisierbar ist. Wir werden die Idee auf jeden Fall weiterverfolgen.
10	Badewassererwärmung	<u>Widmer Matthias, Eusi Lüt & Grüne</u>: Die Badewassererwärmung wurde bei der letzten Diskussion als Attraktivitätssteigerung hervorgehoben. Der Betrag wurde nun jedoch gestrichen. Warum? <u>Meier Erwin, Gemeinderat</u>: Solange sich die Gemüter über die Diskussion um die Badi erhitzen, muss das Badewasser nicht mehr erwärmt werden. Wir haben noch diese Woche mit der Arbeitsgruppe eine Sitzung. Sie wird sich diesen Fragen annehmen und prüfen, ob die Module, die wir Ihnen vorgelegt haben (Badewassererwärmung, Beckensanierung, Desinfektion und Sanierung Garderobe/Kiosk), Bestand haben. Danach wird es der Baukommission weitergeleitet und dem Gemeinderat einen Antrag gestellt. Es wäre falsch gewesen, einen Betrag einzusetzen.
12	Energiestadt Wohlen	<u>Becker Doris, Freis Wohle</u>: Wenn es nach dem Gemeinderat geht, bewirbt sich die Gemeinde Wohlen um das Label „Energiestadt“. Das freut mich sehr. Gemeinden, die bei diesem Projekt mitmachen, verpflichten sich, ausgesuchte energiepolitische Massnahmen zu realisieren. Ziele von Energie Schweiz sind unter anderem Stabilisieren des Stromverbrauches, vermehrter Nutzen von erneuerbarer Energie und Senken von Öl- und Gasverbrauch. Das Label

		ist ein Leistungsausweis für eine konsequente, ergebnisorientierte Energiepolitik. Hat der Gemeinderat schon konkrete Vorstellungen, welche Ziele er sich setzen wird und wie er die erreichen will? Es wurden 3 x Fr. 30'000.-- im Finanzplan aufgeführt und ich bin sicher, dass er sich dabei etwas gedacht hat. <u>Meier Erwin, Gemeinderat:</u> Einige Personen behaupten, dass in Sachen Energiesparmassnahmen in Wohlen nichts passiert und andere wiederum sind der Ansicht, dass einiges getan wird. Damit es nun klar ist, haben wir uns entschieden, bei dem Label „Energistadt“ mitzumachen. Wir wollen alle diese Massnahmen mit dieser Richtschnur erreichen können. Zuerst muss eine Bestandesaufnahme gemacht werden. Werner Mäder und ich waren bereits an einer Orientierungsversammlung und sind der Ansicht, dass das ein guter und gangbarer Weg wäre. Auch der Gemeinderat ist dieser Meinung.
14	Konzept Gestaltung ehem. Isler Areal	<u>Becker Doris, Freis Wohle:</u> Für dieses Konzept sind 2 x Fr. 40'000.-- aufgeführt. Ich erlaube mir eine vorsichtige Bemerkung. Aus den Zeitungen weiss ich, dass das Parkplatzbedürfnis bereits abgeklärt wurde. Man konnte auch lesen, dass mittelfristig ein neues Verwaltungsgebäude denkbar wäre. Es ist richtig, dass der Gemeinderat vorausdenkt. Ich möchte aber daran erinnern, dass sich sehr viele Wohler auf dem ehemaligen Isler-Areal etwas wünschen, dass zur Verschönerung unseres Dorfes beiträgt und zum Verweilen einlädt. Mir ist aufgefallen, dass das Wort Park nur noch in Verbindung mit „Haus“ benutzt wird. Wäre es für den Gemeinderat denkbar, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, bevor der Auftrag für eine mittelfristige Lösung erteilt wird, vorausgesetzt, dass der Einwohnerrat den Kredit bewilligt? <u>Meier René, Gemeinderat:</u> Die Idee eines Parkhauses war vorhanden. Man hat dieses Bedürfnis abgeklärt und festgestellt, dass es nicht sehr gross ist. Ein Verwaltungsgebäude ist zur Zeit nicht geplant. Es ist jedoch vorgesehen, dass wir im Herbst eine Vorlage für einen Projektierungskredit vor den Einwohnerrat bringen. Einerseits für eine Parkstudie andererseits für die Erschliessung des Isler-Areals. Momentan wollen wir keine Arbeitsgruppe einsetzen, sondern einen neutralen Fachmann hinzuziehen, der uns Ideen aufzeigt, was mit dieser Liegenschaft gemacht werden könnte. Sie sollte vor allem so gestaltet werden, dass es für alle Optionen, welche diese Gemeinde hat, Platz hat. Es darf nichts Gewaltiges entstehen. Sie werden Gelegenheit haben, entscheidend mitzureden, denn es soll ein Gemeinschaftswerk geben.
27	Rückseite	<u>Muff Sepp, SP:</u> Auf der Rückseite der Seite 27 hätte es noch

		Platz für eine Auflistung der gesamten Zinsausgaben der Gemeinde Wohlen. Diese Statistik fehlt! <u>Dubler Walter, Gemeindeammann:</u> Dieses Anliegen war schon immer vorhanden. Man muss sich im Klaren sein, dass man für Zins Geld bekommt. Wir konnten uns in der letzten Amtsperiode nicht beklagen. Die Zinssätze kamen stark herunter. Momentan sieht es auch nicht schlecht aus. Wir können jedoch nicht einfach Geld aufnehmen, denn es muss mit den getätigten Investitionen übereinstimmen.
--	--	--

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Ich stelle zu Handen des Protokolls fest, dass der Einwohnerrat vom Finanzplan Kenntnis genommen hat. Ich danke dem Gemeinderat, der Finanzverwaltung und der Finanzkommission für die getätigte Arbeit.

37 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Steuerfussplanung und -entwicklung (10001)

Schürmann Toni, Anglikon: Der Gemeinderat warnt, laut Ausblick des Finanzplanes, zukünftige Finanzfehlbeträge mit Eigenkapital auszugleichen. Das ist zwar legal aber ob es geschickt ist? Die Frage, was passiert, wenn das Eigenkapital aufgebraucht ist und die jährlichen Ausgaben immer höher werden, wird weder im aktuellen noch im letzten Finanzplan beantwortet.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat nimmt zur Interpellation der Fraktionsgemeinschaft SVP Wohlen-Anglikon / Dorfteil Anglikon wie folgt Stellung:

Vorbemerkung

Der Finanzplan ist kein langfristiges, verbindliches Budget, sondern ein Orientierungsmittel, man kann auch sagen, ein Führungsmittel. Es gilt deshalb zu relativieren. Je weiter ein Zeitpunkt entfernt ist, umso ungenauer wird die Aussagekraft von Prognosen. Dies gilt insbesondere für die Steuereinnahmen, welche einnahmenseitig bedeutend sind. Im Finanzplan werden künftige Aufgaben und die daraus entstehenden Ausgaben aufgezeigt. Der Finanzplan soll helfen, eine ausgewogene Steuerpolitik zu planen und auch die Grenzen der Verschuldung zu erkennen.

Zur Bedeutung des Eigenkapitals kann folgendes festgehalten werden: Zwischen 1987 und 1990 wurden überdurchschnittliche Ertragsüberschüsse ausgewiesen. Diese entstanden, weil die Investitionen vollständig abgeschrieben waren. Die Ertragsüberschüsse führten zur Bildung von Eigenkapital von total Fr. 9.6 Mio. Das Eigenkapital darf über die Laufende Rechnung zur Deckung von Aufwandüberschüssen aufgelöst werden. Dies ist rechtlich möglich, wenn die Aufwandüberschüsse mittelfristig, d.h. in längstens 8 Jahren abgetragen oder durch Eigenkapital gedeckt werden können. Sehen Sie dazu auch die Detailerläuterungen im Finanzplan zum entsprechenden Entscheid des Regierungsrates (Seite 4. 7. Finanzielle Ausgangslage). Die umfangreichen Investitionen führen zu solchen Aufwandüberschüssen. Allein für die Erweiterung der Schulanlage Bünzmatt und den Bau des Sportzentrums Niedermatten wurden Bruttokredite von rund Fr. 33 Mio. bewilligt.

Die Fraktionsgemeinschaft schreibt, dass der Kanton in absehbarer Zeit die Gemeinden mit höheren Gemeindeanteilen (Schule, Polizei, öffentlicher Verkehr u.a.) vermehrt an den Kantonsaufgaben beteiligen wird. In der Tat ist diese Tendenz leider feststellbar und wird sich auch im Voranschlag 2003 der Einwohnergemeinde niederschlagen. Bei diesem Punkt hat jedoch die SVP als grösste Fraktion des Grossen Rates die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, dass sich diese Entwicklung nicht weiter fortsetzt. Es ist nicht möglich, dass je länger je mehr Aufgaben auf die Gemeinden abgewälzt werden, ohne dass die Gemeinden ihre Steuerfüsse erhöhen müssen. Der Gemeinderat lädt die Fraktionsgemeinschaft ein, innerhalb der SVP daraufhin zu wirken, dass der Kanton seine Aufgaben vollständig wahrnimmt und nicht versucht, die Gemeinden weiter zusätzlich zu belasten.

Die Finanzplanung ist eine rollende Planung, welche sich laufend verändert. Seit Einreichung der Interpellation im Januar 2002 ist die Jahresrechnung 2001 bekannt geworden, welche bedeutend besser war, als budgetiert. Basierend darauf wurde der Finanzplan überarbeitet und dem Einwohnerrat zugestellt. Dementsprechend angepasst fallen auch die Antworten auf die in der Interpellation gestellten Fragen aus.

Frage 1:

Das Eigenkapital wird um Fr. 4'314'000.— reduziert. Muss der Steuerfuss – nach Meinung des Gemeinderates – aus heutiger Sicht trotzdem erhöht werden?

Antwort 1:

Die Frage bezog sich auf den alten Finanzplan für die Jahre 2001-2005. Beurteilt man diesen Zeitraum aufgrund des aktuellen Finanzplanes, so reduziert sich das Eigenkapital um rund Fr. 2 Mio.

Allein aufgrund dieser Zahlen drängt sich keine Steuerfusserhöhung auf. Der Gemeinderat muss jedoch klar festhalten, dass die Gemeinde mit den bewilligten und aufgezeigten Investitionen bis an die Grenzen der Belastbarkeit geht. Sollte der Kanton weitere Aufgaben an die Gemeinden abschieben, dann ist auch eine Steuerfusserhöhung ein Thema. Darüber zu diskutieren macht erst dann Sinn, wenn die Auswirkungen des neuen Steuergesetzes bekannt sind. Dies ist frühestens für das Jahr 2004 möglich. In diesem Zeitraum muss auch die Eigenwirtschaftlichkeit der Abfallbewirtschaftung, insbesondere für Grüngut, aufgearbeitet und geprüft werden.

Frage 2:

Wenn ja, in welcher Höhe und in welchem Zeitraum?

Antwort 2:

Aufgrund von Antwort 1 erübrigt sich die Beantwortung dieser Frage.

Frage 3:

Wenn nein, werden zukünftig höhere Aufwendungen weiterhin durch eine Reduzierung des Eigenkapitals ausgeglichen?

Antwort 3:

Bezüglich der Beantwortung dieser Frage wird auf die einleitende Vorbemerkung verwiesen. Aufgrund des Eigenkapitals besteht ein Spielraum, der genutzt werden kann. Dieser wird ausgeschöpft. Es gilt deshalb zukünftige höhere Aufwendungen abzuwehren oder schmerzhaftes Abstriche bei der bisherigen Aufgabenerfüllung vorzunehmen. Letzteres hätte negative Auswirkungen auf die Wohn- und Lebensqualität.

Frage 4:

Wie hoch müsste der Steuerfuss bis ins Jahr 2005 aus heutiger Sicht sein, wenn bei der Realisierung aller Investitionen gemäss Finanzplan auf eine Reduzierung des Eigenkapitals verzichtet wird?

Antwort 4:

Dies ist eine theoretische Frage. Theoretisch deshalb, weil Steuereinnahmen zu wenig genau abgeschätzt werden können. Es ist nicht möglich, im Jahr 2002 eine verlässliche Aussage zu den Steuereinnahmen 2005 zu machen. Durch die Umstellung auf das neue Steuergesetz sind längerfristige Prognosen schwieriger geworden. Wie einleitend dargelegt, zeigt der Finanzplan die Grenzen der Verschuldung auf. Im vorliegenden Finanzplan sind diese Grenzen erreicht. Der Gemeinderat hofft, dass die gesamten Steuereinnahmen bei einem gleichbleibenden Steuerfuss aufgrund der Wirtschaftsentwicklung zunehmen.

Frage 5:

Welche Massnahmen hat der Gemeinderat geplant, damit die Gemeinde das Kantonsmittel der pro Kopf Steuereinkünfte erreichen oder übertreffen kann?

Antwort 5:

Wir stellen fest, dass sich der pro Kopf-Steuerertrag im Jahr 2001 erfreulicherweise gegenüber dem Vorjahr von Fr. 1'773.-- auf Fr. 1'807.-- erhöht hat (Kantonsmittel: Fr. 2'058.--). Die aktuellen Zahlen zeigen, dass die Steuereinnahmen höher sind als im Voranschlag 2002 vorgesehen. Die laufende Bauentwicklung an attraktiven Lagen kann dazu beitragen, dass sich die Steuerkraft erhöht. Gegenwärtig werden auch verschiedene Erschliessungspläne überprüft und angepasst, um die Erschliessung von schönen Baulagen zu ermöglichen. In einem weiteren Schritt wird die Bau- und Nutzungsordnung überarbeitet. Zusammen mit den in den letzten Jahren vorgenommenen und den geplanten Infrastrukturinvestitionen sind diese Beiträge zur Attraktivitätssteigerung von Wohlen. Dies kann neue Steuerzahlerinnen und Steuerzahler anziehen. Der Gemeinderat, die Ortsbürgerkommission und die ortsbürgerliche Finanzkommission wollten sich die Kompetenz geben lassen, Ortsbürgerland nicht nur im Baurecht abgeben zu können sondern auch zu verkaufen. Diese hätte eine aktivere Bodenpolitik ermöglicht. Die Ortsbürgergemeinde-Versammlung hat diesen Antrag am 26. November 2001 jedoch sehr deutlich abgelehnt. Nachdem die Einwohnergemeinde über nur sehr wenig eigenes Land verfügt, sind die Möglichkeiten eine aktive Bodenpolitik zu betreiben für die Gemeinde sehr beschränkt.

Schürmann Toni, Anglikon: Wir sind nur teilweise befriedigt von den Antworten. Ich möchte anfügen, dass man Gemeinden mit interessanten Beispielen von aktivem Standortmarketing, beispielsweise Zurzach, zum Vorbild nehmen sollte.

Sanierung Badeanstalt Wohlen (10020)

Schürmann Toni, Anglikon: Die Wohler Badi ist eine schöne Badi, aber sie muss dringend saniert werden. Seit dem letzten Projekt, das zurückgewiesen wurde, sind nun ca. 1 ½ Jahre vergangen. Seit dieser Zeit haben wir nichts mehr gehört und wir sind daher gespannt auf die Antworten des Gemeinderates.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat nimmt zur Interpellation der Fraktionsgemeinschaft SVP Wohlen-Anglikon / Dorfteil Anglikon wie folgt Stellung:

Vorbemerkung

Die Fraktionsgemeinschaft SVP Wohlen-Anglikon / Dorfteil Anglikon behauptet, das zurückgewiesene Projekt sei zu teuer und falsch konzipiert gewesen. Der Gemeinderat teilt diese Meinung nicht. Das dem Einwohnerrat seinerzeit präsentierte Projekt war das Resultat einer intensiven Diskussion innerhalb der Baukommission und des Gemeinderates.

Im Zusammenhang mit der Behandlung des letzten Finanzplanes am 24. September 2001 gab der Gemeinderat bekannt, dass bezüglich des weiteren Vorgehens erst nach Vorliegen des Jahresabschlusses 2001 eine neue Lagebeurteilung vorgenommen wird.

Im „Aktuellen aus dem Gemeindehaus“ vom 1. Juni 2002 gab der Gemeinderat zur Sanierung des Schwimmbades folgendes bekannt: „An der Sitzung vom 12. März 2001 hat der Einwohnerrat den Bericht und Antrag des Gemeinderates betreffend Sanierung des Schwimmbades Bünzmatt zurückgewiesen. Im Herbst hat der Gemeinderat beschlossen, erst nach Vorliegen des Rechnungsabschlusses 2001 eine neue Standortbestimmung vorzunehmen. Dieser Abschluss liegt nun vor. Die Analyse der seinerzeitigen Diskussion im Einwohnerrat und der Argumente, die zur Rückweisung geführt haben, gibt keine genügenden Anhaltspunkte für die Erarbeitung einer „mehrheitsfähigen“ Vorlage. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Fraktionen, der Schule, der Benutzer des Schwimmbades und der Bauverwaltung einzusetzen, mit dem Auftrag, eine neue Sanierungsvorlage vorzubereiten.“

Am 1. Juli 2002 hat der Gemeinderat diese Arbeitsgruppe gewählt. Danach wurden die Fraktionen und die Öffentlichkeit informiert. Die Arbeitsgruppe nimmt ihre Arbeit am 29. August 2002 auf.

Frage 1:

Liegt ein revidiertes Projekt Sanierung Badi Wohlen vor?

Antwort 1:

Nein

Frage 2:

Sind die oben vorgeschlagenen Punkte im Projekt enthalten?

Antwort 2:

Aufgrund von Antwort 1 erübrigt sich die Beantwortung dieser Frage.

Frage 3:

Wenn die Sanierung in Etappen durchgeführt wird, wird diese Etappierung in einen klaren Zeitrahmen gefasst werden? Wie sieht dieser aus?

Antwort 3:

Der Zeitrahmen ist im Finanzplan 2002 – 2006 auf Seite 10 festgehalten. Dieser Zeitrahmen ist jedoch unverbindlich.

Frage 4:

Bis wann wird der Einwohnerrat Einsicht in dieses Projekt haben?

Antwort 4:

Wenn die Arbeitsgruppe Schwimmbad Bünzmatt ihre Arbeit abgeschlossen hat, wird der Gemeinderat über das weitere Vorgehen befinden. Bei der Beurteilung werden für den Gemeinderat die finanzielle Lage bzw. die finanziellen Aussichten eine wesentliche Rolle spielen. Aufgrund der mehrheitlich aus Mitgliedern des Einwohnerrates bestehenden Arbeitsgruppe Schwimmbad Bünzmatt haben die Fraktionen von allem Anfang an Einsicht in die Entwicklung dieses Projektes.

Schürmann Toni, Anglikon: Wir sind nicht zufrieden mit den Antworten, denn wir wissen nun nicht mehr als vorher. Wir hoffen jedoch, dass die Badi zügig saniert wird, sobald die Arbeitsgruppe ihre Arbeit abgeschlossen hat.

39

0.011.2

Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen

Schmierereien an den Schulanlagen Halde, Junkholz und Bünzmatt sowie an weiteren gemeindeeigenen Liegenschaften (10017)

Meier Erwin, Gemeinderat: Dieses Thema ist für die einen farbig, lustig und fröhlich, für die anderen hässlich, ärgerlich und kostspielig. Ich zähle mich zu der zweiten Gruppe.

Der Gemeinderat nimmt zur Interpellation 10017 wie folgt Stellung:

Frage 1

Was veranlasste den Gemeinderat dazu, den Schmierereien freien Lauf zu lassen und die Graffitos nicht innert nützlicher Frist entfernen zu lassen?

Antwort 1

Die hohen Kosten, welche die Reinigungen mit sich ziehen, veranlassten den Gemeinderat darauf zu verzichten. Ausserdem hoffte man, dass die Sprayer oder Sprayerinnen beim Ansehen der verunstalteten Flächen Einsicht zeigen und mit den Sprayereien aufhören würden.

Frage 2

Teilt der Gemeinderat meine Meinung, Sprayereien, insbesondere in den Schulzentren, unverzüglich entfernen zu lassen, um so die Hemmschwelle hochzuhalten und Nachahmungstaten allenfalls zu vermeiden?

Antwort 2

Der Gemeinderat ist grundsätzlich für das Entfernen der Sprayereien. Es bestehen jedoch Befürchtungen, dass gerade die freien Flächen wieder zum Sprayen einladen und die Reinigungen vergebens sind. Was die besprayte Fläche des Haldenschulhauses entlang der Pilatusstrasse betrifft, will der Gemeinderat mit der Reinigung bis nach Abschluss der bewilligten Bauarbeiten an der Pilatusstrasse zuwarten. Es wäre schade, die Wand schon vor den intensiven Bauarbeiten zu sanieren.

Frage 3

Wurde bei den Strafverfolgungsbehörden in allen Fällen Anzeige wegen Sachbeschädigung eingereicht?

Antwort 3

Ja

Frage 4

Wie oft wurde von den Gemeindebehörden in der Zeit vom 1.1.2000 bis 30.4.2002 diesbezüglich Strafanzeige eingereicht?

Antwort 4

18 mal

Frage 5

In wie vielen Fällen konnte die Täterschaft ermittelt und strafrechtlich und insbesondere zivilrechtlich (Schadenersatzansprüche) zur Rechenschaft gezogen werden?

Antwort 5

Von den 14 erwähnten Strafanzeigen sind zur Zeit die Täter in drei Fällen ermittelt. In einem Fall wurden die Sprayereien durch den Täter beseitigt; in den zwei andern Fällen läuft das Strafverfahren.

Frage 6

Wie hoch beläuft sich der für die Einwohnergemeinde zwischenzeitlich aufgelaufene Sachschaden?

Antwort 6

Fr. 50'000.—grob geschätzt

Frage 7

Ist der Gemeinderat dazu bereit, alle Schmierereien an gemeindeeigenen Liegenschaften und insbesondere an den Schulanlagen sowie am Schwimmbad Bünzmatt unverzüglich entfernen zu lassen und so einen für die Einwohnergemeinde unwürdigen Zustand zu beenden?

Antwort 7

Im Gegensatz zu den Fachleuten hat der Gemeinderat grosse Befürchtungen, dass gereinigte Flächen schon bald wieder besprayt werden. Aus diesem Grund will er Sprayereien nicht konsequent umgehend beseitigen lassen. Er möchte von Fall zu Fall entscheiden. In erster Priorität will er besonders hässliche, rassistische oder obszöne Schmierereien entfernen lassen.

Frage 8

Die Stadt Baden gibt jährlich Fr. 150'000.—für die Entfernung von Sprayereien und Schmierereien aus und entfernt diese innert drei Tagen, um Nachahmer zu vermeiden. Ist der Gemeinderat bereit, ab sofort die Praxis der Stadt Baden zu übernehmen?

Antwort 8

Die Gemeinde Wohlen hat leider nicht so grosse finanzielle Ressourcen, wie die Stadt Baden. Aus diesem Grund können wir diese Praxis nicht übernehmen.

Ich erlaube mir eine persönliche Bemerkung zu diesem Thema. Wenn nicht ein Ruck durch die Bevölkerung geht, dass diese Sauereien nicht mehr geduldet werden, wird es kaum eine Besserung geben. Jeder von uns kennt Personen, die von der Täterschaft Kenntnis haben, aber aus falschverstandener Kollegialität die Augen verschliessen. Wir alle müssen mithelfen, nach bestem Wissen und Gewissen.

Dörig Werner, FDP: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen. Die Beantwortung ist für mich jedoch nicht zufriedenstellend. Ich gehe nicht näher auf die Antworten ein, bin aber der Meinung, dass diese Interpellation für den Einwohnerrat eine Chance wäre, über dieses Thema eingehend zu diskutieren. Ich beantrage die Diskussion.

Abstimmung

Zur Diskussion

Der Antrag zur Diskussion wird mit 20 Nein zu 17 Ja abgelehnt.

40

0.011.2

Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen

Einführung einer Dauerparkier-Gebühr (10015)

Bächer Andy, CVP-CSP: Wie ich gehört habe, will der Gemeinderat diese Motion übernehmen. Ich werde mich erst danach dazu äussern.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist bereit, diese Motion entgegenzunehmen. Trotzdem möchte ich kurz zwei Punkte erwähnen. Der Antrag 2 „Überprüfung der bestehenden Zonen“ muss gemacht werden. Das bestehende Reglement wurde letztes Mal im Jahre 1995 angepasst. Der Antrag 1 „Einführung einer Gebühr für dauernd abgestellte Fahrzeuge“ wurde von uns auch diskutiert. Wenn eine Dauerparkiergebühr eingeführt wird, bringt das einen zusätzlichen Kontrollaufwand mit sich. Im Extremfall wäre es möglich, dass die Kosten grösser wären als der Ertrag. Andererseits handelt es sich beim Dauerparkieren um einen gesteigerten Gemeingebrauch des öffentlichen Eigentums und es ist recht, dass die Personen bezahlen.

Bertschi Bruno, SVP: Sie konnten aus der Presse entnehmen, dass die SVP nicht hinter der Motion steht. Ich möchte das kurz begründen. Wir haben uns eingehend mit dieser Motion befasst und sind zum einstimmigen Beschluss gekommen, die Motion abzulehnen. Wir lassen nicht zu, dass

der Bürger mit weiteren Gebühren und Steuern belastet wird. Die Staatsquote ist schon jetzt zu hoch.

Die vorgeschlagene Dauerparkiergebühr löst das Problem des unerlaubten Parkierens auf öffentlichem Grund nicht. Wenn der Kehrwagen und der Schneepflug durchfahren müssen, stehen die Autos noch immer im Weg, ob nun eine Gebühr bezahlt wurde oder nicht.

Die Einführung einer Gebühr hätte zusätzliche Aufwendungen der Gemeindepolizei zur Folge. Im schlechtesten Fall müsste das Polizeicorps aufgestockt werden. Das Problem der Dauerparkierer auf öffentlichem Grund besteht und soll auch gelöst werden. Es hat niemand das Recht, lange Zeit und permanent auf öffentlichem Grund das Auto abzustellen.

Die SVP erachtet die gezielte Anbringung von Parkverbotsschildern als wesentlich sinnvoller. Das ergibt dann auch eine rechtliche Grundlage für die Polizei, bei einem Parkverbot einzugreifen und die fehlbaren Fahrzeuglenker zu büssen.

Den Antrag, dass in der gleichen Motion auch noch eine Anpassung der bestehenden Gebühren geprüft werden soll, bringt bei der Fraktion SVP das Fass endgültig zum Überlaufen. Wir sind natürlich überhaupt nicht erstaunt, dass der Gemeinderat bereit ist, die Motion entgegenzunehmen. Wir würden es jedoch begrüßen, wenn Ideen, welche innerhalb dieses Gremiums entstehen, mittels Bericht und Antrag vor den Einwohnerrat gelangen und nicht über den Umweg eines parlamentarischen Vorstosses.

Die Fraktion SVP und Dorfteil Anglikon lehnt diese Motion einstimmig ab.

Bächer Andy, CVP-CSP: Ich habe mich in verschiedenen anderen Gemeinden, welche die Dauerparkiergebühr eingeführt haben, erkundigt. Die sagen ganz klar, dass bis zur Hälfte der abgestellten Autos verschwinden. Öffentliche Strassen und Plätze sind für alle gedacht und vor allem zum Fahren. Dann gibt es auch noch eine Rechtsgleichheit. Wenn jemand ein Haus baut, ist er verpflichtet, einen Parkplatz zu bauen. Es gibt jedoch andere Personen, welche ihr Auto an den Strassenrand stellen.

Meiner Meinung nach soll man dieser Motion zustimmen, damit endlich etwas gemacht wird. Bei einer Dauerparkiergebühr haben wir die Gewähr, dass die Polizei drei Mal pro Nacht durch das Quartier fahren muss, das gibt eine gewisse Sicherheit. Viele Leute sind froh, wenn die Polizei in der Nähe ist.

Ich bitte Sie, die Motion zu überweisen.

Dörig Werner, FDP: Wir haben in die Vorgeschichte dieser Motion zurückgegriffen. Vor längerer Zeit hat der Gemeinderat die Realisierung eines Parkraumkonzeptes beabsichtigt. In der Zeit vom 10. Oktober 1996 bis 14. Januar 1997 hat die damalige Polizeikommission zusammen mit dem Bauverwalter und dem Verkehrsplaner Dr. Beer an Sitzungen für viel Geld ein Parkraumkonzept erarbeitet. Das Parkraumkonzept wurde verabschiedet und der Verkehrsrichtplan 96 wurde als Grundlage beigezogen. Das Gebührenreglement war ein Teil des Parkraumkonzeptes. Mit dieser Motion wird das Parkraumkonzept, das vom Gemeinderat und der Polizeikommission verabschiedet wurde, aus dem Paket herausgerissen und separat vor den Einwohnerrat gebracht. Die ganze Geschichte betreffend Gebührenregelung ist beim Gemeinderat pendent, es liegt jedoch noch kein Bericht und Antrag vor. Aus diesem Grund stimmen wir mehrheitlich für die Nicht-Überweisung der Motion.

Meier René, Gemeinderat: Die Ausführungen von Werner Dörig sind korrekt. Das Parkraumkonzept wurde 1997 von der Polizeikommission verabschiedet. In diesem Jahr ist einiges passiert, es wurden unter anderem neue Personen in den Gemeinderat gewählt. Das vorhandene Konzept hat den Gemeinderat nicht in allen Teilen überzeugt und wurde aus verschiedenen Gründen innerhalb der Baugesetzgebung auf Eis gelegt. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass das Konzept in dieser Legislaturperiode aufgearbeitet wird. In diesem Zusammenhang würden wir diese Motion einfließen lassen.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass er diesbezüglich im Rückstand ist. Wir sind jedoch bemüht, denn Rückstand aufzuholen.

Huwiler Paul, CVP-CSP: Ich bin noch zu wenig lange in diesem Rat, dass ich auf Zahlen aus dem Jahr 1996/1997 zurückgreifen könnte. Meiner Ansicht nach könnte ein neuer Aspekt in das ganze gebracht werden und zwar derjenige des Verursacherprinzips. Die Personen, die einen öffentlichen Parkplatz benutzen, sollen auch dafür bezahlen.

Fischer Arthur, CVP-CSP: Ich möchte Ihnen zwei persönliche Feststellungen wiedergeben. Seit Jahren parkieren entlang der Hochwachtstrasse, obwohl es eine steile und gefährliche Strasse ist, tagtäglich Autos. Im Winter wird es mit Nebel und Glatteis noch unübersichtlicher und man muss praktisch jeden Tag einmal anhalten.

Als ich das Bauland seiner Zeit kaufte, begründete man den hohen Preis mit den Erschliessungskosten. Die bisherigen Anwohner, deren Grundstück seitens der Rebbergstrasse erschlossen sind, haben die Beteiligung auch nach mehrmaligem Nachfragen abgelehnt. Seit die Strasse fertiggestellt ist, wird sie natürlich auch von diesen Anwohnern rege benutzt. Es kam sogar schon vor, dass ich das Auto stehen lassen musste, da ich nicht mehr bis zu unserem Haus fahren konnte.

Bertschi Bruno, SVP: Die Autos werden auch entlang der Hochwachtstrasse stehen, wenn es eine Dauerparkiergebühr geben wird. Das Problem wird damit nicht gelöst.

Man sollte eine Parkverbotstafel hinstellen, denn die parkierten Autos haben dort nichts verloren. Und wenn Sie weiterhin dort parkieren, müssen sie gebüsst werden.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Ich gebe Bruno Bertschi recht. Aber diese Motion zielt genau darauf hin ab. Der Gemeinderat hat das Problem aufgenommen, die CVP doppelt nun nach und wenn wir nun zustimmen, kommt es vielleicht zu einem guten Lösungsvorschlag. Ich begreife Eure Rolle auf der einen Seite, auf der anderen Seite haben wir nun einen relativ guten Weg gefunden.

Bächer Andy, CVP-CSP: Meiner Meinung nach muss ein Dauerparkiersystem Verbote nicht ausschliessen, es kann ein Bestandteil davon sein. Es gibt Personen, die können nur auf öffentlichem Grund parkieren, die sollen jedoch dafür zahlen.

Bertschi Bruno, SVP: Wir wollen die Dauerparkierer vom öffentlichen Grund verbannen. Ganz sicher wird es Personen geben, die nicht mehr dort parkieren werden. Ich jedoch würde das Auto weiterhin dort stehen lassen und die Fr. 50.-- Busse bezahlen, da es viel näher bei meinem Haus liegt. Die Leute möchten am liebsten mit den Autos in die Läden fahren. Ich glaube nicht, dass

die Hälfte der Autos mit Einführung einer Dauerparkiergebühr verschwinden werden. Es gibt nur eine Lösung um die Strassen freizuhalten: Parkverbot.

Meier René, Gemeinderat: Es ist falsch, wenn man die Meinung vertritt, dass die Autos weg müssen. Ich hatte in meiner Tätigkeit als Bauvorsteher die Gelegenheit, im Zusammenhang mit dem Erschliessungsplan, mit Grundeigentümern entlang der Hochwachtstrasse zu sprechen. Die wollten auf keinen Fall ein Parkverbot. Die Autos, die dort stehen, sind sehr willkommene Gegenstände, um das Tempo reduzieren zu müssen. Auch dieser Aspekt muss berücksichtigt werden. Die Idee werden wir in das Parkraumkonzept einfliessen lassen. Diesen Überlegungen würde ein Parkverbot sicher nicht entsprechen.

Abstimmung

Die Motion

Einführung einer Dauerparkier-Gebühr (10015)

wird mit 24 Ja zu 14 Nein überwiesen.

41 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen

Einführung der Schulleitungen an den Wohler Schulen auf den Beginn des Schuljahres 2003/2004 (10027)

Bächer Andy, CVP-CSP: Wir haben die Motion am 12. Juni 2002 eingereicht, 2 Tage nach der Informationsveranstaltung. Die Information war gut, nun möchten wir jedoch wissen, wie das ganze Projekt finanziert wird. Zum jetzigen Zeitpunkt arbeitet eine Gruppe an dem Projekt. Ich möchte wissen, woher diese Personen finanziert werden und wie die Gruppe zusammengestellt ist. Dieser Bericht und Antrag ist notwendig, damit wir informiert werden. Ich denke, das benötigte Geld wird nach per Nachtragskredit gesprochen werden. Das Globalbudget der Schule wird schon genug belastet. Das sind Sachen, die geregelt werden müssen und für die Zukunft unserer Schule wichtig sind. Daher haben wir diese Motion eingereicht und bitten Sie, sie zu überweisen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Dieser Vorstoss wäre nicht nötig gewesen.

Am 29. Mai 2002 erhielten Sie alle eine Einladung zur Orientierungsveranstaltung. An dieser Veranstaltung wurde ganz klar ausgeführt, dass eine Schulleitung eingeführt wird. Am 12. Juni 2002 wurde dieser Vorstoss eingereicht, zu diesem Zeitpunkt war er überflüssig. Wir werden den Vorstoss trotzdem entgegennehmen. Im Übrigen hat sich der Gemeinderat die Freiheit genommen, das Globalbudget entsprechend anzupassen, da es ein unbestrittenes Anliegen ist und die Schulpflege mit der Arbeit beginnen möchte. Da die Schulleitung auf Beginn des Schuljahres 2003/2004 eingesetzt werden soll, ist dies eine sehr ambitionierte Zielsetzung. In der Begleitgruppe sind 4 Mitglieder des Einwohnerrates. Dieser Vorstoss ist keine Interpellation, sondern eine Motion. Da der Gemeinderat bereits an diesem Projekt arbeitet, ist dieser Vorstoss unnötig.

Wir sind bereit, den Vorstoss zu übernehmen.

Muff Sepp, SP: Ich stelle den Antrag, diese Motion nicht zu überweisen. Was auf dem Blatt steht, ist nicht dasselbe, was Andy Bächer vorhin gesagt hat. Meiner Meinung nach macht es keinen Sinn, einen Vorstoss zu überweisen für etwas, das bereits am laufen ist. Die CVP würde gut daran tun, den Vorstoss zurückzuziehen.

Bächer Andy, CVP-CSP: Die Motion wurde wie folgt begründet:

„Die anstehenden Aufgaben der Schule sind so gross, dass nur mit Schulleitungen die Aufgaben bewältigt werden können. Hierfür sind auch Kredite nötig für die Planung, die Einführung und den Betrieb.“

Für die Planung wurde bisher noch kein Kredit gesprochen. Mir geht es darum, dass wir vom Einwohnerrat klar wissen, was läuft. Anscheinend war ich der Einzige, der bis am letzten Mittwoch noch nicht Bescheid wusste. Es kann doch nicht sein, dass die Lehrer, die in dieser Projektgruppe mitarbeiten, pro Woche 2 Stunden für das Projekt arbeiten und für die Klassen ein Stellvertreter organisiert werden muss. Wer bezahlt das? Das Globalbudget wird wahrscheinlich überstiegen werden. Und Ihr seid dann alle zufrieden? Ich möchte gerne wissen, was die Einführung dieser Schulleitung kostet und dass dazu auch Geld gesprochen wird.

Schürmann Toni, Anglikon: Der Gemeinderat hat 2 Jahre Zeit, um einen Bericht und Antrag zu unterbreiten. Meiner Meinung nach ist eine Motion das falsche Instrument für dieses Anliegen.

Bertschi Bruno, SVP: Unsere Fraktion ist ebenfalls der Ansicht, dass diese Motion überflüssig ist. Da alles schon läuft und rollt. Wenn die Beantwortung dieser Motion so lange dauert, wie diejenige der WOV, ist die Schulleitung schon lange eingesetzt, bezahlt und erledigt. Man muss den Gemeinderat nun arbeiten lassen. Man könnte an der nächsten Einwohnerratssitzung eine Dringliche Interpellation einreichen, dann würden die Fragen auch beantwortet werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es sollten nicht Interpellationen produziert werden, bei denen die Antworten schon klar sind. Der Gemeinderat sagte am 24. Juni 2002, dass die Projektierung eingeleitet wurde. Die Schulpflege beantragte einen Projektierungskredit von Fr. 25'000.--. Das ist zu Lasten des Globalbudgets aufgrund externer Projektberater und temporärem Beizug von Fachleuten nicht einfach möglich.

Der Gemeinderat war sich bewusst, dass für diesen Betrag ein Antrag erforderlich ist. Ziel ist jedoch die Einführung der Schulleitung auf das Schuljahr 2003/2004. Daher müssen die Arbeiten sofort eingeleitet bzw. weitergeführt werden. In Anbetracht der Dringlichkeit hat der Gemeinderat auf die Einholung einer Kreditbewilligung verzichtet. Die Projektierungskosten werden dem Globalbudget Schule belastet und die Budgetüberschreitung wird in der Rechnungsablage entsprechend begründet. Natürlich hätten wir auch ein anderes Konto nehmen können. Aufgrund der Berechnung der zukünftigen Schulgelder wurden die Projektierungskosten dem Globalbudget belastet. Wir haben diesen Spielraum und meiner Meinung nach sind die Fragen beantwortet.

Muff Sepp, SP: In der Motion wird explizit eine Schulleitung verlangt. Dass diese Schulleitung etwas kostet, wissen wir schon lange. Da der Gemeinderat schon an dieser Sache arbeitet, müssen wir doch nicht noch etwas verlangen, das bereits klar ist. Reduzieren wir doch die Schreiberi auf ein Minimum.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es ist nun wichtig, dass inhaltlich ein Entscheid gefällt wird. Wenn eine Nicht-Überweisung der Motion als Contra-Schulleitung interpretiert wird, werden wir die Arbeit sofort einstellen. Der unnötige Vorstoss wurde produziert und wir werden Ihnen einen Bericht und Antrag vorlegen. Inhaltlich wollen wir doch alle dasselbe. Wenn der Einwohnerrat diesen Vorstoss nicht überweist, wissen wir nicht, was Sie nun wollen.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Ich habe mit den Lehrerkollegen in der Schule gesprochen. Die sind alle mit dem Verlauf sehr zufrieden und das sagt doch schon sehr viel aus.

Abstimmung

Die Motion 10027

Einführung der Schulleitungen an den Wohler Schulen auf den Beginn des Schuljahres 2003/2004

wird mit 21 Ja zu 16 Nein überwiesen.

Bertschi Bruno, SVP: Ich möchte nur noch einmal festhalten, dass die SVP trotz ablehnender Haltung zu dieser Motion eine Schulleitung will.

42 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Erhöhung des finanziellen Beitrages zuhanden des Vereins für Jugend und Freizeit (VJF) zur Durchführung der offenen Jugendarbeit (10018)

Wird auf die nächste Sitzung verschoben.

43 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Indexierung des finanziellen Beitrages zuhanden der öffentlichen Jugendarbeit (VJF)

Wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Ich danke Ihnen für Ihre engagierte Mitarbeit und wünsche allen eine gute Zeit bis zur nächsten Sitzung.

Für getreue Protokollführung:

Urs Kuhn, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.